

Bern

Mobbingfälle überfordern viele Schulen

Wenn sich Kinder plagen Schulbehörden haben oft Mühe, Mobbing von normalen Konflikten zu unterscheiden. Jedes fünfte Schulkind berichtet von Mobbingverfahrungen.

Naomi Jones

Die Schule in der Berner Gemeinde Wiedlisbach ist in die Schlagzeilen geraten. Gleich drei Familien werfen ihr gegenüber dem «Blick» vor, ihre Kinder nicht vor Mobbing geschützt zu haben. Einer der Fälle liegt bereits drei Jahre zurück. Die Familie zog weg, nachdem ihre Tochter im Teenageralter Suizidgedanken geäußert hatte, weil sie von Mitschülern geschlagen und bedroht worden war. Die anderen Fälle sind aktuell. Die Mütter erzählen, dass ihre Zweit- und Drittklassiker regelmässig mit blauen Flecken heimkommen.

In einer Stellungnahme wehrt sich die Schule gegen die Vorwürfe in den Medien und zählt zahlreiche Präventionsmassnahmen auf. Mobbing werde regelmässig thematisiert und von der Schulleitung zusammen mit der Schulsozialarbeit, den Lehrpersonen, Eltern und betroffenen Kindern konsequent angegangen. Zurzeit sei kein Mobbingfall bekannt, sagt die Schulleiterin Beatrice Fischer am Telefon. Sie räumt aber ein, dass die Kommunikation zwischen der Schule und den betroffenen Familien derzeit schwierig sei.

Das ist typisch. Mobbing ist schwierig zu erkennen und noch schwieriger zu belegen. Vieles findet im Verborgenen statt oder sieht auf den ersten Blick wie ein harmloser Konflikt aus. Es steht Aussage gegen Aussage. Die gegenseitigen Vorwürfe lassen sich nicht mit einem neutralen Urteil auflösen.

Das Phänomen ist verbreitet. Gemäss der Pisa-Studie 2022 machen 19 Prozent der Schweizer Schüler und Schülerinnen mehrmals im Monat Mobbingverfahrungen. Der Wert wurde aus verschiedenen Teilaussagen berechnet.

Die Schulkinder gaben unter anderem an, von anderen regelmässig gehänselt und ausgelacht zu werden (12 Prozent), dass über sie gemeine Gerüchte verbreitet würden (6 Prozent), dass sie gezielt ausgeschlossen würden (5 Prozent), und einige blieben mehrmals pro Monat zu Hause, weil sie sich in der Schule nicht sicher fühlten (3 Prozent). Sie wurden bedroht und geschlagen oder ihre Sachen wurden gestohlen und zerstört.

Blau Flecken, kaputte Sachen

Auch in der Stadt und Region Bern erzählen immer wieder Eltern von Mobbingfällen. Und wie in Wiedlisbach fühlen sich viele dieser Familien von der Schule zu wenig unterstützt, sodass am Ende das betroffene Kind statt der Täter und Täterinnen die Klasse oder gar die Schule wechselt.

Da ein Wechsel innerhalb der Volksschule nur mit Einwilligung der Behörden möglich ist, bleibt den Eltern im Falle eines Konfliktes mit der Schulleitung nur der Wechsel an eine Privatschule oder der Umzug in einen anderen Schulbezirk. Denn oft gelingt es Schulen nicht, Mobbingverhalten zu unterbinden und die Betroffenen wirksam zu schützen. Das zeigen Zahlen von Privatschulen.



Mobbing geht oft von einer Gruppe Kinder oder Jugendlicher aus. (Symbolbild) Fotos: Geri Schedl/Franziska Rothenbühler

Die Tötlichkeiten werden gezielt eingesetzt, um das Opfer zu verletzen.

Im Kanton Bern besuchen gut 3000 von knapp 118'000 schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen eine Privatschule. Bei vielen dieser Privatschulkinder war Mobbing oder zumindest das subjektive Gefühl, dass ihr Kind ausgegrenzt oder diskriminiert werde, der Grund für den Schulwechsel. Gemäss dem Direktor der Neuen Mittelschule Bern (NMS), Peter Heiniger, spielt Mobbing bei jeder zweiten Familie eine Rolle für den Schulwechsel.



Christian Ryser sagt: «Grundsätzlich ist keine Schule vor Mobbing-Dynamiken gefeit.»

sel. Auch andere Privatschulen, sagen auf Anfrage, dass beim Grund für den Wechsel an die Privatschule immer wieder Mobbinggeschichten im Spiel seien.

Schulleitungsverband empfiehlt Mobbingkonzept

Christian Ryser ist Geschäftsführer von der Stiftung Berner Gesundheit, die unter anderem Schulen bei der Prävention von Mobbing unterstützt. Grundsätzlich sei keine Schule gegen Mobbing-Dynamiken gefeit, sagt er. Es gebe im Kanton Bern aber Schulen, die sich sehr gut auf Mobbingfälle vorbereiteten, eine enge Zusammenarbeit und offene Kultur pflegten, sowie andere, die kaum Ressourcen für das Thema hätten. «Wenn dann ein Fall auftritt, sind die Unvorbereiteten unsicher, machen Fehler und kommunizieren schlecht», erklärt er.

Der Berner Verband der Schulleitungen (VSL) empfiehlt deshalb allen Schulen, rechtzeitig ein Mobbingkonzept zu entwickeln und es im Team immer wieder zu diskutieren, wie der Co-Präsident Niels Lang sagt.

Schulen dürfen nicht parteiisch sein

Externe Angebote seien zwar sehr gut, doch diese seien oft relativ kostspielig. «Die Schulsozialarbeit entlastet die Schulleitung wie die Lehrkräfte sehr», sagt Lang. Doch nicht an jeder Schule gebe es eine Schulsozialarbeiterin. Wenn es eine gebe, habe sie oft nicht genügend Stellenprozent, um alle sozialen Herausforderungen einer Schule zu lösen. Aber genau das sei wichtig, um Mobbing gar nicht erst entstehen zu lassen, sagt Lang und nimmt damit die Gemeinden in die Pflicht, genügend Stellenprozent für die Schulsozialarbeit zu sprechen. Er spricht aber auch die besondere Rolle

der Lehrpersonen und Schulleitungen an. «Die Lehrer und Schulleiterinnen sind allen Schulkindern verpflichtet», sagt er. Den Tätern ebenso wie den Opfern. Während die Familien der Opfer oft ein klares Urteil erwarten, sehen die Familien der Akteure und Mitläuferinnen beim Mobbingvorwurf ihr Kind ungerecht behandelt. «Das ist eine Zerreihsprobe», sagt Lang.

Schliesslich werde der Mobbingvorwurf heute sehr schnell vorgebracht, sagt Lang. Nicht jeder Konflikt sei bereits ein Mobbingfall.

Die selbstständige Mobbing-Spezialistin Bettina Déneraud beobachtet allerdings das Gegenteil: «In 90 Prozent der Fälle warten die Eltern zu lange, bis sie Hilfe suchen.» Déneraud berät Opferfamilien und führt mit von Mobbingfällen betroffenen Klassen Interventionen durch.

Ein Gruppenphänomen mit Machtgefälle

Sie räumt aber ein, dass Mobbing von aussen schwierig zu erkennen sei. Die betroffenen Kinder würden meist schweigen, um nicht als Petze zu gelten. «Sie haben zu Recht Angst, dass die Aggressionen der Tätergruppe verstärkt.»



Bettina Déneraud arbeitet bei Mobbingfällen mit Klassen nach dem No-Blame-Approach.

Im Unterschied zu einem Konflikt, der sich lösen lasse, wenn die Streitursache bereinigt werde, sei Mobbing ein Gruppenphänomen, bei dem ein Kind systematisch über eine längere Zeit immer wieder fertig gemacht werde, erklärt Déneraud.

Dabei besteht zwischen der Tätergruppe – meist versammeln sich um die Hauptakteure in kurzer Zeit zwei bis fünf Mitläufer – und betroffenem Kind ein Machtgefälle. Die Tötlichkeiten werden gezielt eingesetzt, um das Opfer zu verletzen.

Gegen diese Angriffe können sich die Betroffenen nicht selbst wehren. Von den neutral eingestellten Kindern erhielten sie keine Hilfe, weil diese befürchteten, selbst in die Schusslinie zu geraten. Die Täterkinder seien oft sehr charismatisch und könnten andere Kinder in ihren Bann ziehen. Doch hätten sie manchmal bereits als junge Kinder selbst psychische Probleme. «Ein anderes Kind zu mobben, gibt ihnen ein Gefühl von Macht und Zugehörigkeit», sagt Déneraud.

Deshalb arbeitet sie an betroffenen Klassen nach dem sogenannten No-Blame-Approach. Sie beschuldigt niemanden, sondern versucht die Hauptakteurinnen und Mitläufer in ihren positiven Eigenschaften zu bestärken, das Klassenklima zu verbessern und eine Unterstützergemeinschaft für das Mobbingopfer aufzubauen. So entzieht sie der Tätergruppe ihre destruktive Macht und gibt ihr trotzdem ein besseres Gefühl. «Damit kann man schon in wenigen Wochen etwas bewirken», sagt Déneraud.

In Wiedlisbach haben sich die Lehrpersonen kürzlich im No-Blame-Approach weitergebildet, wie die Schulleiterin Beatrice Fischer sagt. Und für den aktuellen Fall werde sie nach den Sommerferien externe Hilfe holen.

Initiative für Gratis-ÖV in Bern bleibt ungültig

Beschwerde abgelehnt Das Verwaltungsgericht sieht bei der Initiative für Gratis-ÖV einen Verstoß gegen die Bundesverfassung.

Die in der Stadt Bern eingereichte Volksinitiative für einen kostenlosen öffentlichen Verkehr bleibt ungültig. Das hat das bernische Verwaltungsgericht in einem am Freitag veröffentlichten Entscheid festgehalten.

Wie die Vorinstanz, ist auch das Verwaltungsgericht der Ansicht, die Initiative verstosse gegen die Bundesverfassung. Eingereicht hatten das Volksbegehren die Partei der Arbeit (PdA) und die kommunistische Jugend. Sie fordern, dass der öffentliche, nicht touristische Verkehr in der Stadt Bern für alle Benutzenden kostenlos sein soll.

Bundesrecht verlange, dass die ÖV-Nutzenden einen «angemessenen Teil» der Kosten tragen, kam auch das Verwaltungsgericht zum Schluss. Damit verfolge der Bund eine Steuerung der Nachfrage über den Preis. Der ÖV soll nicht zu billig sein, damit das System nicht überrannt werde. Er dürfe aber auch nicht zu teuer sein, damit die Bürgerinnen und Bürger ihn auch nutzen. Die Initiative verstosse gegen die Vorgabe der «angemessenen Beteiligung», betonte das Verwaltungsgericht. Eine solche Beteiligung könne nicht bei null liegen. Ausserdem habe das Bundesgericht erst kürzlich eine ähnliche Initiative aus dem Kanton Freiburg als nicht verfassungskonform beurteilt. (SDA)

«Turnerspycher» in Oberwangen abgebrannt

Wegen Feuerwerkskörpern Kurz vor Mitternacht in der Nacht auf den 2. August geriet der sogenannte «Turnerspycher» in Oberwangen bei Bern in Brand. Der Feuerwehr gelang es, den das Feuer unter Kontrolle zu bringen und es zu löschen. Das Gebäude des Turnvereins Oberwangen an der Herzwilstrasse, das auch als Veranstaltungsort genutzt wurde, wurde durch die Flammen jedoch komplett zerstört. Wie die Polizei mitteilte, habe das Gebäude durch Feuerwerkskörper Feuer gefangen. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen, der Verursacher sei bekannt. (PD)

Unbekannter verletzt einen Mann schwer

Bahnhof Bern Am Freitag gegen 1.50 Uhr wurde am Treffpunkt im Bahnhof Bern ein Mann von einem Unbekannten mit einem spitzen Gegenstand tödlich angegriffen. Wie die regionale Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland mitteilt, habe sich das Opfer zur Wehr gesetzt, woraufhin der Täter in Richtung Neuengasse rannte. Das Opfer wurde beim Angriff schwer verletzt und musste schliesslich mit der Ambulanz ins Spital. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen. Ersten Abklärungen zufolge sei davon auszugehen, dass sich Opfer und Täter gekannt haben. (PD)